

Stephan Schulmeister

Von einer
„Welt aus den Fugen“
zu einem sozialen Europa

Ein Vergleich mit der Lage Anfang der 1970er-Jahre zeigt: Für immer mehr Menschen haben sich die Lebensbedingungen in Europa verschlechtert. Damals herrschte schon lange Vollbeschäftigung, die Staatsverschuldung war zwanzig Jahre lang gesunken, obwohl der Sozialstaat stetig ausgebaut wurde. Das Lebens-tempo war gemächlicher als heute, auch wenn die Wirtschaft mehr als doppelt so rasch expandierte. Ein Kontinent, dessen Geschichte über Jahrhunderte durch Kriege und nationalistische Feindseligkeiten geprägt worden war, wuchs zusammen, ein vereintes Europa wurde reale Utopie.

Heute sind fast 20 Millionen Menschen arbeitslos, 100 Millionen müssen sich mit „atypischen“ Jobs zufriedengeben, die Staatsverschuldung ist drastisch gestiegen, „wir“ können uns den Sozialstaat nicht mehr leisten. Eigenverantwortung reicht aber auch nicht: Junge Menschen können schwer selbstständig werden, weder Jobs noch Wohnraum sind leicht zu finden. Einkommen und Vermögen einer kleinen Oberschicht wachsen weiter, während Armut unübersehbar geworden ist. Gleichzeitig nehmen nationalistische Spannungen zu, es drohen Handelskriege, die Nervosität auf den Finanzmärkten steigt.

Wachsende Ungleichheit nährt Verbitterung, Wut und Angst – auch unter den Noch-nicht-Deklassierten. Rechtspopulistische Politiker „arbeiten“ mit diesen Gefühlen und lenken sie gegen „Schuldige“: *die* Globalisierung, *die* Europäische Union, *das* Establishment *oben* und *die* Muslime, *die* Flüchtlinge oder *die* Fremden *unten*. Und sie versprechen Sicherheit, soziale Wärme und Übersichtlichkeit in den nationalen Volksgemeinschaften – Erfüllung der Sehnsüchte von immer mehr Menschen.

Der Aufstieg der rechten Verführer beschleunigt das Auseinanderdriften Europas. Der EU-Austritt Großbritanniens ist nur *ein* Schritt in diesem Prozess, der bis zur Auflösung der EU führen könnte. Denn in Wissenschaft, Medien und Politik ist weiterhin jene Theorie unangefochten, deren Empfehlungen in eine Sackgasse führten. Demnach verwandle die Marktkonkurrenz mit „unsichtbarer Hand“ den Eigennutz der Individuen ins allgemeine (ökonomisch) Beste. Daher müssen der Sozialstaat „verschlankt“ und die Märkte durch „Strukturreformen“ dereguliert werden.

Der lange Weg in die Krise

Wie konnte sich die gesamtgesellschaftliche Performance in Europa derart verschlechtern? Noch dazu, wo gleichzeitig das BIP auf das 2,5-fache gestiegen ist!

Es begann mit der „Ent-Fesselung“ der Devisenmärkte: Die Aufgabe fester Wechselkurse 1971 zog zwei Dollarabwertungen nach sich. Auf die Entwertung der Währung, in der Erdöl notiert, reagierte die OPEC mit zwei „Ölpreisschocks“. Diese verursachten zwei Rezessionen, Arbeitslosigkeit und Inflation stiegen sprunghaft. Zur Inflationsbekämpfung wurden die Zinsen 1980 so drastisch erhöht, dass sie 35 Jahre lang über der Wachstumsrate lagen. Gleichzeitig befeuert die neu geschaffenen Finanzderivate die Spekulation und destabilisierten so Wechselkurse, Rohstoffpreise, Aktien- und Anleihekurse.

Den gleichzeitigen Anstieg von Arbeitslosigkeit und Inflation „verwerteten“ die Neoliberalen als Widerlegung des Keynesianismus. Seine Vertreter (nicht hingegen Keynes selbst) hatten ja behauptet, man könne sich durch höhere Inflation einen Rückgang der Arbeitslosigkeit erkaufen. Allerdings galt diese These nur in einer geschlossenen Wirtschaft, der Inflationsanstieg war hingegen Folge des „Ölpreisschocks“, den die Neoliberalen mit ihrer Forderung nach freien Devisenmärkten ja selbst mitverursacht hatten.....

Seither dominiert wieder die alte Gleichgewichtstheorie. Sie nimmt an, dass Menschen *nur* individuelle, *nur* eigennützige, *nur* rationale und *nur* konkurrierende Wesen sind, deren Egoismen eine „unsichtbare Hand des Markts“ in das Bestmögliche verwandelt. Diese Theorie legitimierte die Liberalisierung der Finanzmärkte, die Schwächung des Sozialstaats und damit des „gemeinsam Europäischen“.

Die Unternehmen reagierten auf die geänderten Anreizbedingungen mit einer Dämpfung ihrer Realinvestitionen zugunsten von Finanzveranlagung, das Wirtschaftswachstum sank, Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung stiegen. Beide Probleme bekämpfte die EU-Politik „symptomatisch“ mit Lohnzurückhaltung, Sparpolitik, Lockerung des Arbeitnehmerschutzes und sonstigen „Strukturreformen“. Auf EU-Ebene wurde mit dem Maastricht-Vertrag, dem Statut der EZB und dem Fiskalpakt eine neoliberale Hauptforderung umgesetzt, die Regelbindung der Politik. Gleichzeitig werden die (Finanz)Märkte weiter dereguliert.

Nach dem Aktiencrash 2000/2003 als „Vorbeben“ begannen die Kurse wieder zu boomen, gleichzeitig stiegen auch die Immobilien- und Rohstoffpreise. 2007/2008 „kippen“ die drei „Bullenmärkte“ in drei „Bärenmärkte“. Die Entwertung der drei wichtigsten Vermögensarten verursachte die große Finanzkrise. Die Banken wurden gerettet, Millionen Menschen aber deklassiert - durch Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung, Lohnkürzungen und Sozialabbau. Die Populisten versprechen ihnen „soziale Wärme“ in der eigenen Nation und ihre Stärkung durch Protektionismus, also auf Kosten der Fremden.

Finanzkapitalismus, Realkapitalismus und die neoliberale „Gegenreformation“

Das Verbindende der vielen Etappen auf dem langen Weg in die Krise besteht in der Dominanz einer „finanzkapitalistischen Spielanordnung“ nach dem Motto „Lassen wir unser Geld arbeiten!“, wissenschaftlich legitimiert durch die neoklassisch-neoliberale Wirtschaftstheorie. Dies wird durch einen Vergleich mit der Prosperitätsphase der 1950er- und 1960er-Jahre deutlich.

Damals folgte die Politik den Empfehlungen von Keynes, den Spielraum für Spekulation der „money makers“ radikal zu beschränken („Euthanasie der Rentiers“). Die Folgen entfesselter Finanzmärkte – vom Börsenkrach 1929 bis zu den Abwertungswettläufen der 1930er-Jahre – waren noch lebhaft in Erinnerung. Bei festen Wechselkursen, stabilen Rohstoffpreisen, Zinssätzen unter der Wachstumsrate und „schlummernden“ Aktienmärkten konnte sich das Profitstreben nur in der Realwirtschaft entfalten: Die Unternehmen konzentrierten sich auf die Bildung von Realkapital und damit auch von Arbeitsplätzen. Das „Wirtschaftswunder“ war daher kein Wunder, sondern Folge der Anreizbedingungen.

[Eine solche „realkapitalistische Spielanordnung“ wurde drei Jahrzehnte später – um 1980 – in China durch die Reformen von Deng etabliert, nach dem Motto „Kapitalisten aller Länder kommt zu uns – aber nur in der Realwirtschaft!“].

Unter diesen Bedingungen wurde schon um 1960 Vollbeschäftigung erreicht, die Wirtschaft wuchs so stabil, dass man gleichzeitig den Sozialstaat ausbauen und die Staatsschuldenquote senken konnte. Diese Erfolge stärkten ein emanzipatorische

Haltung: Menschen müssen sich nicht den „anonymen Kräften des Markts unterwerfen“ (Hayek), sondern können ökonomische Prozesse politisch (mit)gestalten.

Warum aber wurde dieses Erfolgsmodell aufgegeben? Um das zu verstehen, müssen wir in die späten 1930er-Jahre zurückblenden.

Nach dem fulminanten Erfolg der „General Theory“ (1936) von Keynes war es still geworden um seinen Gegenspieler Hayek. Doch dieser gab nicht auf. 1944 verfasste er mit seinem Buch „Der Weg zur Knechtschaft“ den Katechismus der neoliberalen „Gegenreformation“: Sozialstaatlichkeit und Vollbeschäftigungspolitik bedrohten die Freiheit. 1947 gründete er die Mont-Pelerin-Society (MPS), sie vernetzte die „original thinkers“ (darunter acht spätere Nobelpreisträger) mit den Propagandisten in Think Tanks und Medien („second-hand dealers in ideas“ – O-Ton Hayek) und mit den Finanziers. Zwanzig Jahre lang bereitete die MPS durch Produktion und Verbreitung ihrer Theorien die „Gegenreformation“ vor.

Ende der 1960er-Jahre war es so weit: Nach Erreichen der Vollbeschäftigung waren Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Intellektuelle in die Offensive gegangen. Der linke Zeitgeist, Verteilungskämpfe, steigende Inflation und der Aufstieg der Sozialdemokratie erleichterten es den Neoliberalen, die Gleichgewichtstheorie wieder durchzusetzen. Sie legitimierte die Entfesselung der Finanzmärkte.

Die realkapitalistische »Spielanordnung« zielte auf eine *Integration* von Polaritäten wie Ökonomie und Politik, Markt und Staat, Konkurrenz und Kooperation, individuelles Glücksstreben und gesellschaftlicher Zusammenhalt, Unternehmerschaft und Gewerkschaften ab. Das finanzkapitalistische System gibt hingegen jeweils *einem* Pol den Vorrang: *Nur* die Konkurrenz der Individuen auf deregulierten Märkten ermögliche die wirtschaftlich besten Lösungen, die Koordination übernimmt ja die »unsichtbare Hand«.

Nach dem kommenden Krisenschub: Europa am Scheideweg

Während das „Prosperitätsmodell“ an seinem Erfolg zugrunde ging, wird der Neoliberalismus an seinem Misserfolg scheitern. Denn die wichtigsten Krisenerscheinungen werden sich in einer neuerlichen Finanzkrise dramatisch verschärfen, wieder ausgelöst durch simultane Bärenmärkte, insbesondere von Aktien und Immobilien sowie zusätzlich von (Staats)Anleihen – drei Bullenmärkten haben in den letzten Jahren wieder ein enormes „Entwertungspotential“ aufgebaut. An Auslösern einer Finanzschmelze wird es nicht fehlen, von Handelskriegen bis zu einer Eskalation der Konflikte um den Brexit, die Türkei, Russland oder den Nahen Osten.

Darauf kann die Politik auf zweierlei Weise reagieren: Entweder, sie hält weiterhin an der neoliberalen „Navigationskarte“ fest und verordnet – wie 2010 – „more of the same“, oder sie knüpft nach 50-jähriger Gegen-Aufklärung wieder an die Tradition von Emanzipation und (damit) von Selbst-Ermächtigung zur (Mit)Gestaltung der Gesellschaft an.

Das pessimistische Szenario: Zerstörung des Europäischen Sozialmodells

Im pessimistischen Szenario würden Arbeitslosigkeit, Armut und Ungleichheit sprunghaft steigen. Die Entwertung des Pensionskapitals wird durch Einsparungen im sozialstaatlichen Rentensystem verstärkt. Generell lässt die Demolierung des Europäischen Sozialmodells die Verbitterung über die „soziale Kälte“ der neoliberalen EU wachsen. Nationalismus und Populismus breiten sich (weiter) aus. Rechte Verführer versprechen „soziale Wärme“, diese könne es aber nur in der (jeweiligen) Volksgemeinschaft geben.

Für sie ist der Euro das Instrument, mit dem die nationalen Systeme der sozialen Sicherheit geschwächt bis ruiniert wurden. Nur durch Rückkehr zu nationalen Währungen könne dieser Prozess gestoppt werden.

Eine Auflösung der Währungsunion würde Europa in einen Wirtschaftskrieg führen: Nach fast vierzig Jahren „Finanzalchemie“ beträgt die Bilanzsumme der Banken das Drei- bis Fünffache des BIP. Dazu kommen Aktien und Anleihen, welche von Hedgefonds, Pensionsfonds, Unternehmen und Privaten direkt gehalten werden. Der größte Teil dieses „Kartenhauses“ notiert in Euro, überwiegend handelt es sich um Forderungen bzw. Verbindlichkeiten zwischen Euroländern.

Würde die Währungsunion aufgelöst, müsste jede einzelne „Karte“ (Finanztitel) vom Euro auf eine der 19 neuen/alten nationalen Währungen „umgewertet“ werden. Dabei ergäben sich 342 bilaterale Gläubiger- und Schuldnerbeziehungen mit jeweils unterschiedlichen Typen von Finanztiteln (von Bankeinlagen bis zu Derivaten). Eine geordnete Abwicklung des Euro ist deshalb nicht möglich. Wie in der Natur so gibt es auch in der Gesellschaft irreversible Prozesse: Man kann 19 Flüssigkeiten in einen Krug gießen, trennen kann man sie nicht mehr.

Zudem würde ein Scheitern des Euro enorme „Wutenergien“ freisetzen, die sich vor allem gegen Deutschland richten wird. Denn in den Krisenländern hat die von der „deutschen EU“ diktierte Sparpolitik ein Desaster angerichtet. Voll entladen kann sie sich die so angestaute Wut (noch) nicht, weil man in der Währungsunion verbleiben möchte und daher vom Wohlwollen Deutschlands abhängig ist.

Das würde sich radikal ändern, wenn die Währungsunion aufgelöst würde und sich alle Sparanstrengungen als vergeblich erweisen. In ihrer Verbitterung würden die Krisenländer ein Moratorium ihrer Auslandsschulden gegenüber anderen Euroländern erklären und ihre Konkurrenzfähigkeit durch Abwertungen zu verbessern suchen. Finanzchaos und Wirtschaftskrieg würden den Nationalismus stärken – die Kettenreaktionen wären unkontrollierbar.

Hauptverlierer eines Zusammenbruchs der Währungsunion wäre ihr (bisheriger) Profiteur, Deutschland: Ein großer Teil seiner Auslandsforderungen ginge verloren, ebenso die Konkurrenzfähigkeit seiner Exporte (anders als in den 1970ern würden Abwertungen der Währungen von Italien, Frankreich, Spanien, etc. die Inflation in diesen Ländern nicht nennenswert erhöhen). Die Bundesbank könnte diesen Effekt nur dadurch abmildern, dass sie massenweise Staatsanleihen der Abwertungsländer aufkauft.

Mit Abwertungswettläufen und Wirtschaftskrieg innerhalb Europas würde sich der Prozess der Krisenvertiefung beschleunigen, qualitativ ähnlich wie in den 1930er-Jahren, in Ausmaß und Tempo aber verschieden: Die Ähnlichkeiten

bestehen im Auslöser (Finanzkrisen), in der nachfolgenden Sparpolitik, den Kürzungen von Arbeitslosengeld und Reallöhnen, im Sozialabbau, im Aufstieg rechter Verführer, in der Lenkung der Gefühle von Wut, Verbitterung und Zukunftsangst gegen „Sündenböcke“ und in der Zunahme des Nationalismus. Die Unterschiede bestehen darin, dass das Tempo der Krisenausbreitung und das Ausmaß der Krisenerscheinungen heute viel geringer sind als damals.

Auslöser eines Kurswechsels: Eine neuerliche Finanzkrise

Im optimistischen Szenario würden die (wirtschaftlichen) Eliten und ihre Unterstützer in Medien und Politik begreifen, dass der Neoliberalismus zwar lange Zeit Ihren Interessen nützte, allerdings dann nicht mehr, wenn er den Boden für einen immer radikaleren Nationalismus und Populismus bereitet, oder gar für einen „sanften Faschismus“. Ein solcher Anachronismus würde die globalisierte Geschäftstätigkeit erheblich stören.

So besteht die Chance, dass der – wohl bedachte – Eigennutz der Eliten den Weg frei macht zu einer Abkehr von der „Finanzalchemie“ und zu einer – maßvollen – Stärkung von Realwirtschaft und Sozialstaatlichkeit, nicht zuletzt auch als Basis für eine verstärkte Integration Europas. Denn die Gefahr eines bedrohlichen Machtzuwachses von Gewerkschaften oder linken Parteien – wie in den 1960er-Jahren – besteht nicht.

Ausgangspunkt für einen Kurswechsel wäre eine neuerliche Finanzkrise, verursacht durch den Einbruch von Aktien- und Anleihekursen, aber auch der Rohstoff- und Immobilienpreise. Die damit verbundene Entwertung der wichtigsten Vermögen, insbesondere auch des Pensionskapitals, löst neuerlich eine schwere Rezession aus, Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung steigen sprunghaft. Das Eigenkapital der Banken schmilzt weg und sie müssen wieder durch die Staaten gerettet werden. Neuerlich setzt Spekulation auf den Bankrott einzelner Eurostaaten ein, insbesondere von Italien.

Es würden sich also im Wesentlichen die Kettenreaktionen der Finanzkrise 2008 wiederholen. Die wichtigsten Regelwerke der EU, vom EZB-Statut und dem Fiskalpakt bis zur Gläubigerbeteiligung an Bankenrettungen, können nicht einge-

halten werden. Die neuerliche Deklassierung von Millionen Menschen stärkt die populistischen und nationalistischen Bewegungen. Der Euro und die EU selbst waren in ihrer Existenz bedroht. Den Eliten wird klar: So kann es nicht weiter gehen.

Das optimistische Szenario: Erneuerung des Europäischen Sozialmodells

Unter diesem Druck sucht die Politik nach Strategien, die „normale“ Jobs schaffen, die Ungleichheit verringern, auf breite Zustimmung stoßen und den europäischen Zusammenhalt stärken. Am geeignetsten erscheint eine „General-offensive“ zur Verbesserung der Umweltbedingungen. Europaweit umgesetzte Großprojekte stärken langsam das Vertrauen in die EU, zumal sie Millionen neuer Arbeitsplätze schaffen.

Verbesserung der Umweltbedingungen als „Wachstumsmotor“

Zum größten Einzelprojekt wird die thermische Sanierung nahezu des gesamten Gebäudebestands in der EU. Dadurch würde das BIP über 15 Jahre europaweit um fast 2% pro Jahr erhöht. Da diese Tätigkeit arbeitsintensiv ist, steigt die Zahl der Jobs noch stärker. Gleichzeitig sinken die CO₂-Emissionen durch Raumheizung stetig und natürlich auch die Energiekosten. Am meisten profitieren die EU-Länder in Osteuropa von diesem Großprojekt.

Das zweitgrößte Projekt besteht im Ausbau des transeuropäischen Eisenbahnnetzes für bis zu 500 km/h schnelle Züge. Ende der 2030er-Jahre kann man bereits in dreieinhalb Stunden von Berlin nach Paris fahren. Zwischen den Ballungsräumen Mitteleuropas unter 1.000 km kommt der Flugverkehr fast zum Erliegen, da die Bahn die Stadtzentren meist in weniger als drei Stunden verbindet (und der Preis fossiler Brennstoffe auf das Siebenfache gestiegen ist). Dementsprechend markant sinken die CO₂-Emissionen des Flugverkehrs.

Auch vom Ausbau der transeuropäischen Netze profitieren alle EU-Länder, am meisten jene in Ost- bzw. Südosteuropa, wo die Bahnstrecken zwischen den Zentren vollständig erneuert werden müssen (in den 2020er-Jahren werden im opti-

mistischen Szenario die Länder des Westbalkans in die EU aufgenommen, deren Erweiterung ist damit abgeschlossen). In der gesamten EU erhöht dieses Projekt das Wachstum von Produktion und Beschäftigung um 1 Prozent pro Jahr, in der Peripherie merklich stärker als in den Kernländern.

Beide von der EU forcierten Großprojekte stärken den europäischen Zusammenhalt und „drehen“ die EU-kritische Haltung der Bevölkerung in Ost- und Südosteuropa: Die Arbeits- und Umweltbedingungen verbessern sich spürbar, die Peripherie rückt sozial und räumlich näher ans Zentrum (2020 braucht man mit dem Zug von Bukarest nach Wien noch 24 Stunden, 2040 nur mehr sechs).

Überdies entlasten die transeuropäischen Netze die Umwelt auch durch eine verstärkte Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene.

Ergänzt wird die Umweltoffensive durch Forcierung der Elektromobilität (für kürzere bis mittlere Distanzen) und durch Verbesserungen im öffentlichen Nahverkehr, besonders in den Ballungsräumen der EU-Peripherie. Im Vergleich zu 2020 ist der Kern der europäischen Metropolen fast autofrei, ihre Lebensqualität verbessert sich stetig.

Diese Projekte gedeihen durch Umsetzung folgender Einsicht: Die Reduktion von Treibhausgasen muss (auch) Profit bringen und dessen wichtigste Quelle sind die vermiedenen Kosten des Verbrauchs fossiler Energie. Nachdem der Ölpreis in der neuerlichen Finanzkrise wieder ins Bodenlose gefallen war, legte die EU in ihrem Rechtsbereich geltende Preispläne für Erdöl und die anderen fossilen Energieträger fest: Sie berücksichtigten deren Erschöpfbarkeit und insbesondere sämtliche (geschätzten) Umweltkosten. Beide Faktoren vernachlässigt „der Markt“ (selbst wenn es keine destabilisierende Spekulation gäbe).

Daher steigen die Preise fossiler Energie um etwa 10 Prozent pro Jahr, das allgemeine Preisniveau aber nur um 2 Prozent. Die Profitabilität von Investitionen in die Energieeffizienz wird so kalkulierbar: Es ist bekannt, wie hoch der Preis von Diesel, Benzin, Erdgas oder Kohle in fünf, zehn oder 20 Jahren sein würde, und wie viel Kosten man sich daher erspart, wenn man schon heute in höhere Energie- und Umwelteffizienz investiert, sei es durch Wärmedämmung von Gebäuden, Warmwasserkollektoren, Elektroautos oder die Produktion erneuerbarer Energie.

Da solche Investitionen besonders lange Amortisationszeiten aufweisen, wird die so geschaffene Sicherheit über die künftigen Energiepreise zur Grundlage eines

anhaltenden Investitionsbooms. Die Preissignale ergänzen und fördern die ökologischen Großprojekte der thermischen Gebäudesanierung, der transeuropäischen Bahnnetze und der Forcierung von Elektromobilität (solange die Treibstoffpreise schwanken, war die europäische Autoindustrie in diesem Bereich zurückhaltend geblieben).

Wird der Energieverbrauch traditionell (indirekt) besteuert, schwanken die Energiekosten für die Verbraucher mit dem Weltmarktpreis. Sinkt etwa der Ölpreis von 150 Dollar auf 35 Dollar (wie Ende 2008), so werden Investitionen in die Energieeffizienz nachträglich unrentabel („sunk investments“): Man investiert dann weniger in Energieeffizienz als ökologisch nötig wäre, selbst wenn der Weltmarktpreis wieder steigt – er könnte ja wieder fallen. Diese Unsicherheit beseitigen die Preispfade. Sie werden durch flexible Steuern realisiert, welche die Differenz zwischen dem jeweiligen Weltmarktpreis und dem gültigen EU-Preis abschöpfen.

Der steuerliche Ertrag wäre enorm, er läge jährlich im dreistelligen Milliarden-Euro-Bereich (ein Teil ginge an die EU als eigenständige Finanzquelle, der andere Teil an die Mitgliedsstaaten): Einerseits sinkt die Importnachfrage der EU und dämpft den Weltmarktpreis fossiler Brennstoffe (damit wird ein Teil der Erdölgewinne von den Produzenten zur EU umverteilt), andererseits steigt ihr EU-Preis stetig an (und damit Preisspanne und Steuerbasis).

Förderung der Realwirtschaft durch Stabilisierung der Finanzmärkte

Eine neuerliche Finanzkrise, wieder ausgelöst durch die gleichzeitige Entwertung von Aktien, Anleihen, Rohstoffen und Immobilien, wird ein gründliches Nachdenken über Finanzspekulation und ihre Folgen erzwingen.

Seit den 1970er-Jahren hatten die Deregulierung der Finanzmärkte und die Schaffung neuer Instrumente (Derivate) die Spekulation mit Währungen, Aktien, Rohstoffen und Anleihen immer attraktiver gemacht. Mikroelektronik und Internet beschleunigten das Tempo der Transaktionen. Sie zielen darauf ab, kurze Preisschübe („runs“) profitabel zu nützen, meist auf Basis computergestützter Systeme, und verstärken damit die „runs“.

Ist die Marktstimmung optimistisch („bullish“), so dauern Aufwärtsschübe etwas länger als Abwärtsschübe, über mehrere Jahre entwickelt sich stufenweise ein „Bullen-

markt“. Kippt die Stimmung, so entsteht nach gleichem Muster ein „Bärenmarkt“. So schießen Wechselkurse, Rohstoffpreise, Aktienkurse und Anleihezinsen über ihre „fundamentalen“ Gleichgewichtswerte hinaus, mal nach oben, mal nach unten.

Diese „manisch-depressiven“ Schwankungen der für unternehmerische Aktivitäten wichtigsten Preise hatten alle globalen Krisen seit den 1970er-Jahren hauptverursacht (von den „Ölpreisschocks“ bis zur Finanzkrise 2008) und „schleichend“ das Gewinnstreben von der Real- zur Finanzwirtschaft verlagert. Nach der neuerlichen Finanzkrise erkennen die Eliten das „Lassen wir unser Geld arbeiten“ als systemische Hauptursache der Krise Europas.

Als Sofortmaßnahme wird der Euro-Rettungsschirm zum „Europäischen Währungsfonds“ ausgebaut. Er fungiert als Finanzierungsagentur der Eurostaaten und setzt gemeinsam mit der EZB das Zinsniveau von Eurobonds fest. Private Investoren können nicht mehr Eurostaaten gegeneinander ausspielen bzw. auf einen Staatsbankrott spekulieren.

Auf den Börsen und Handelsplattformen in der EU wird der in Mikrosekunden abgewickelte Fließhandel ersetzt durch elektronische Auktionen alle zwei bis drei Stunden. Dies reicht völlig aus, um jene Transaktionen durchzuführen, welche realwirtschaftliche Aktivitäten finanzieren (Exporte, Investitionen, etc.) oder einer Finanzinvestition dienen. Der „selbst-referentiellen Geldvermehrung“ durch das schnelle Trading wird aber der „Stoff“ entzogen, die Daten.

Zusätzlich wird eine Finanztransaktionssteuer nach dem Konzept der EU-Kommission vom Februar 2013 eingeführt. Demnach ist jede Transaktion einer in der EU ansässigen Finanzinstitution steuerpflichtig, egal wo sie ausgeführt wird. Dies verhindert, dass sich EU-Banken auf Märkten außerhalb der EU weiter der schnellen „Finanzalchemie“ widmen.

Da nach der neuerlichen Finanzkrise samt Wirtschaftseinbruch die Gefahr von Protektionismus steigt, kommen die vier wichtigsten Zentralbanken – jene der USA, Chinas, Japans und die EZB – überein, die Wechselkurse zwischen ihren Währungen innerhalb enger Bandbreiten zu stabilisieren.

Diese vier Maßnahmen schränken gemeinsam mit der Regulierung der Preise fossiler Energieträger den Spielraum von Finanzspekulation in der EU radikal ein und verbessern zugleich die Rahmenbedingungen für unternehmerische Aktivitäten in der Realwirtschaft. Deren Profitchancen werden zusätzlich durch die

ökologischen Großprojekte gesteigert. Die Dynamik der Realinvestitionen ermöglicht in den 2020er-Jahren ein so starkes und stabiles Wirtschaftswachstum, dass Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung stetig zurückgehen.

Erneuerung der Sozialstaatlichkeit Europas

Im Zuge dieser Entwicklung werden sich immer mehr Menschen der Stärken des europäischen Gesellschaftsmodells bewusst, das im Zeitalter des Neoliberalismus beschädigt, aber nicht zerstört worden war. Seine Stärken liegen in der Realwirtschaft (und nicht in der „Finanzalchemie“) und sie liegen im Ausgleich zwischen Individualismus und Solidarität, Konkurrenz und Kooperation, Markt und Staat sowie zwischen persönlicher Entfaltung und gemeinschaftlichem Handeln (und nicht im Vorrang für jeweils einen „Pol“). Sozialstaatlichkeit und Sozialpartnerschaft werden daher wieder als essentielle Merkmale des Europäischen Modells begriffen, die ökonomischer Effizienz nicht widersprechen, sondern sie fördern.

Daher wird der Sozialstaat ab Mitte der 2020er-Jahre modernisiert und ausgebaut. Massiv investiert wird in die Verbesserung der Bildungschancen für Kinder aus armen (Migranten)Schichten, in eine aktivierende Armutsbekämpfung, insbesondere durch Abbau der atypischen Beschäftigung, in das Gesundheitssystem und in ein staatliches Pensionssystem, das jedem alten Menschen einen auskömmlichen Lebensabend garantiert (die staatliche Förderung privater Vorsorge wird eingestellt, nachdem das Pensionskapital durch die neuerliche Finanzkrise massiv entwertet worden war). Die Erneuerung des Europäischen Sozialmodells festigt das Wachstum von Produktion und Beschäftigung.

Sozialstaatlichkeit wird zum Fundament einer „europäischen Identität“ und daher zu einem wichtigeren „Bindemittel“ der EU als der gemeinsame Markt: Sie garantiert jedem (jeder) EU-Bürger(in) eine Mindestsicherung und unterstützt jene Staaten, die diese nicht (vollständig) finanzieren konnten. Mit dem Vertrauen in eine soziale Grundsicherung wächst auch das Vertrauen in die Europäische Union.

Neue Arbeitszeitmodelle: Vollbeschäftigung auch bei abgeschwächtem Wachstum

Das Grundproblem lässt sich an einem fiktiven, aber möglicherweise durchaus realistischen Beispiel verdeutlichen.

Ende der 2030er-Jahre herrscht in Europa seit langem Vollbeschäftigung, prekäre Jobs gibt es nicht mehr. Die Wirtschaft wächst stetig, aber nur mehr um etwa 1% pro Jahr. Der Einsatz von Robotern hat alle Produktions- und Lebensbereiche erfasst und steigert die Produktivität der Arbeit: Je Stunde wird jährlich um 3% mehr erzeugt, gleichzeitig sinkt die Zahl aller geleisteten Stunden (Arbeitsvolumen) um etwa 2% pro Jahr. Dadurch kann Vollbeschäftigung auch bei gemächlichem Wirtschaftswachstum aufrechterhalten werden.

Die Verkürzung der gesellschaftlichen Arbeitszeit wird durch neue Arbeitszeitmodelle erreicht. Sie ermöglichen es Menschen über 50 Jahren, ihre Arbeitszeit bis zum Pensionsantritt schrittweise zu verringern. Die Option der Karenz nach Geburt eines Kindes wird zu einer generellen Möglichkeit ausgebaut: Die Teilung des Lebens in drei Blöcke, Kindheit und Ausbildung, Arbeit, Ruhestand, wird aufgelockert – sie hat angesichts des erreichten Wohlstands ihre Notwendigkeit verloren. Menschen nützen die Karenz für unterschiedliche Aktivitäten wie ausgedehnte Reisen, Weiterbildung oder Unternehmensgründungen.

In Rezessionen wird der Rückgang des von der Wirtschaft benötigten Arbeitsstundenvolumens durch flexible Kurzarbeit realisiert und nicht mehr durch höhere Arbeitslosigkeit (sie wirkte früher als „Brandbeschleuniger“ jedes Wirtschaftseinbruchs). Als Vorbild diente die Politik Deutschlands 2009: Obwohl seine Wirtschaft am stärksten einbrach, stieg die Arbeitslosigkeit dank Kurzarbeit kaum. Dies trug zur raschen Erholung bei, in der sich die Staatsfinanzen viel stärker verbesserten als sie durch das Kurzarbeitsgeld belastet worden waren.

Daher wird im Europa der 2030er-Jahre die Reduzierung der Arbeitszeit mit öffentlichen Mitteln gefördert, sie ist also immer mit einem partiellen Lohnausgleich verbunden. Dies gilt sowohl für Altersteilzeit oder Karenz als auch für konjunkturell bedingte Kurzarbeit. Echte Vollbeschäftigung (ohne prekäre Jobs) stärkt ja nicht nur den sozialen Zusammenhalt, sondern gewährleistet auch stabile Staatsfinanzen.

Der Einsatz von Robotern und neuen Arbeitszeitmodellen kombiniert technische und soziale Innovationen: Technische Innovationen erleichtern die Arbeit und steigern ihre Produktivität, deren Ertrag wird durch soziale Innovationen überwiegend in mehr Lebensfreizeit „ausbezahlt“, Vollbeschäftigung bleibt er-

halten (in den 1970er- bis 2010er-Jahren hatten hingegen die technischen Innovationen zum Anstieg der Arbeitslosigkeit beigetragen, da sich gleichzeitig eine soziale „Dis-Innovation“ durchsetzte, die Rückkehr zur Wirtschaftstheorie der 1920er-Jahre).

Es braucht Aufklärung und Selbst-Ermächtigung der Politik

Alle oben skizzierten Maßnahmen zur Erneuerung des Europäischen Sozialmodells sind nicht „revolutionär“, sondern „reformistisch“ (wenn auch im Hinblick auf die „Finanzalchemie“ radikal) und könnten im Prinzip schon heute umgesetzt werden. Grundbedingung ist allerdings die Emanzipation von der neoliberalen „Marktreligiosität“ und damit das Anknüpfen an die Tradition der Aufklärung: Politik muss sich nicht „den Märkten“ unterwerfen, sondern ist demokratisch legitimiert, gesellschaftliche Prozesse mitzugestalten. Diese Haltung muss nach fast 50 Jahren der „Neoliberalisierung“ Europas, insbesondere seiner Eliten, erst wieder gelernt werden.

In seinem Buch „Der Weg zur Prosperität“ analysiert Stephan Schulmeister am Beispiel der Nachkriegszeit Prosperität und Krise als Abfolge real- und finanzkapitalistischer „Spielplanordnungen“ und zeigt, dass dieses Modell auch frühere „lange Zyklen“ in der kapitalistischen Entwicklung erklärt. Aus dieser Analyse leitet er Maßnahmen zur Erneuerung und ökologischen Erweiterung des Europäischen Sozialmodells ab.